

heit Deutschlands, die den in Punkt 14 der Wirtschaftsgrundsätze des Berliner Protokolls aufgeführten Fragenkomplex einschließt. Die öffentliche Meinung der Welt ist aufs stärkste an diesen Problemen zumindest in Zusammenhang mit der Politik interessiert, die seit einer bestimmten Zeit unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Verschmelzung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone verfolgt wird und die von der fortschrittlichen Presse als eine Politik der Aufteilung Deutschlands betrachtet

Es sind gegenseitige Lieferungen im Betrage von je 33 Millionen Mark vorgesehen. Von der amerikanischen und britischen Zone werden in erster Linie Eisen und Stahl, Textilien, chemische und elektrotechnische Erzeugnisse, Baustoffe, Papier, technische Gummiwaren und Zuchtvieh geliefert. Die französische Zone liefert im Austausch vornehmlich Grubenholz, Uhren, chirurgische Instrumente, feinmechanische Erzeugnisse, landwirtschaftliche Maschinen, Tabak und Schlachtvieh.

Amerika entläßt die Kriegsgefangenen

Stuttgart (ADN). Die Entlassung aller in amerikanischer Obhut befindlichen deutschen Kriegsgefangenen soll bis spätestens Juli dieses Jahres erfolgen, wie die amerikanische Militärregierung jetzt dem süddeutschen Länderrat mitgeteilt hat. Damit ist der vom Länderrat im Dezember 1946 gestellte Antrag auf Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen genehmigt.

Aus dem Schreiben der amerikanischen Militärbehörde geht ferner hervor, daß die amerikanische Regierung Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg aufgefordert hat, deutsche Soldaten, die von amerikanischen Truppen gefangengenommen und später dem Gewahrsam der Regierungen der genannten Länder übergeben wurden, bis zum 1. Oktober 1947 zu entlassen und in ihre Heimat zurückzubefördern.

Rückkehr nach Deutschland oder Arbeit in Frankreich?

Paris (ADN). Wie Reuter meldet, wurde die Antwort der französischen Regierung auf eine Forderung der USA-Regierung bekanntgegeben, ungefähr 600 000 deutsche Kriegsgefangene zu entlassen, die von den USA-Truppen im letzten Stadium des Krieges gefangengenommen wurden und jetzt in französischen Bergwerken arbeiten. Darin wird von der französischen Regierung dargelegt, welche Rückwirkung die geforderte Maß-

nahme auf die Lage des Arbeitsmarktes in Frankreich haben würde.

Zur Lösung dieses Problems macht Frankreich den Vorschlag, die 600 000 deutschen Kriegsgefangenen nicht mehr als Kriegsgefangene zu betrachten und sie als freie Arbeiter in den französischen Bergwerken arbeiten zu lassen. Im französischen Auswärtigen Amt erwägt man jetzt die Rechtslage, falls die deutschen Kriegsgefangenen, oder ein Teil derselben, es ablehnen würden, als freie Arbeiter in den französischen Bergwerken zu arbeiten und auf sofortige Rückkehr in die Heimat bestehen.

*

Wie das französische Außenministerium inzwischen bekanntgab, wird den deutschen Kriegsgefangenen die Wahl zwischen einer Rückkehr in die Heimat und dem Verbleiben in Frankreich gelassen werden.

Etwa 200 000 Deutsche, die während des Krieges von den Franzosen gefangengenommen wurden, würden davon allerdings nicht betroffen. Ueber sie würde durch den Friedensvertrag mit Deutschland entschieden werden.

*

Der Pressechef des USA-Staatsdepartements, McDermott, dementierte amerikanische Presseberichte, nach denen die französische Note eine „Ablehnung im Effekt“ darstelle. Er erklärte: „Wir betrachten die französische Antwort nicht als ablehnend.“